

Zuwanderung nach Österreich

Werner T. Bauer

Wien, Januar 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Einwanderungsland Österreich.....	3
1.1. Eine lange Einwanderungsgeschichte kurz skizziert	3
1.2. Österreich – ein vorbildliches Asylland	4
1.3. Die „Gastarbeiterpolitik“ und ihre Folgen.....	5
1.4. Österreich – ein problematisches Asylland.....	6
1.5. Die Einführung der „Ausländerquoten“	7
1.6. Steigende Zuwanderung und politische Debatten	8
2. Zum aktuellen Stand der Migration in Österreich	9
2.1. BMI-Statistik und Wanderungsstatistik im Vergleich	9
2.2. Herkunft der ausländischen Wohnbevölkerung	12
2.3. Geschlecht und Altersstruktur der MigrantInnen.....	13
2.4. Phänomen Pendelmigration	13
2.5. Neueste Zahlen	14
3. Längerfristige Bevölkerungsprognosen für Wien.....	15
3.1. Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung bis 2050	16
3.2. Noch rascheres Bevölkerungswachstum für Wien?	17
3.3. Dramatische Änderungen bei der Alterstruktur.....	17
3.4. Große regionale Unterschiede im Alterungsprozess.....	18
3.5. Langfristige demographische Entwicklungen	18
4. Quellen.....	20
4.1. Literatur	20
4.2. Internet	21

Auf eine durchgehende genderkorrekte Schreibweise wurde einzig und allein aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

1. Einwanderungsland Österreich

Betrachtet man die geographische Lage des Landes und seine Geschichte, dann wird klar, dass das heutige Österreich auf eine lange Tradition der Zuwanderung zurückblickt. Die Tatsache, dass Österreich längst (wieder) zu einem Einwanderungsland geworden ist, wird allerdings weder von offizieller Seite anerkannt, noch ist sie ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit vorgedrungen. Im Gegenteil: Politik und Medien halten weiterhin daran fest, dass Österreich trotz der hohen Zuwanderung kein Einwanderungsland ist.

1.1. Eine lange Einwanderungsgeschichte kurz skizziert

Österreich, und hier besonders der Großraum Wien, blicken auf eine lange Einwanderungsgeschichte zurück. Bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts verglich der Dichter Wolfgang Schmelztl Wien wegen seines Sprachengewirrs mit dem biblischen Babel¹.

Im 18. Jahrhundert war Wien ein attraktives Ziel innerhalb eines den ganzen deutschsprachigen Raum einschließenden berufszünftigen Wandersystems, was dazu führte, dass bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein ein bedeutender Teil der in Wien tätigen Handwerker aus dem süddeutschen Raum, aber auch aus der Schweiz und Norditalien, stammte.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts nahm der Anteil der deutschen Zuwanderer nach Wien sukzessive ab. Die Stadt, die sich nach der Auflösung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ im Jahr 1806 ganz auf ihre Mittelpunktlage in der Habsburgermonarchie konzentrierte, wurde in den nächsten Jahrzehnten zu einem mitteleuropäischen Schmelztiegel, und Böhmen und Mähren, aber auch Galizien und die Bukowina avancierten zu den wichtigsten Herkunftsgebieten der neuen Migranten.

Die Bevölkerung Wiens nahm bis 1890 jährlich um 1,7% zu, danach im durch Eingemeindungen vergrößerten Stadtgebiet sogar um jährlich 2%². Umgelegt auf den heutigen Gebietsstand betrug die Bevölkerung Wiens und seiner damaligen Vorstädte und Vororte Ende des 18. Jahrhunderts etwa 235.000 Menschen; 1830 war sie auf 400.000 angewachsen, 1850 auf 550.000, 1870 auf über 900.000 und 1890 auf 1,4 Millionen. Den historischen Höchststand erreichte die Stadt im Jahr 1916 mit 2.239.000 Einwohnern.

Bis etwa 1880 war rund ein Drittel dieses Bevölkerungswachstums auf den Geburtenüberschuss und zwei Drittel auf die Zuwanderung zurückzuführen. Dies änderte sich in den nächsten zwei Jahrzehnten, als sich das Verhältnis zwischen Zuwanderung und Geburtenüberschuss allmählich angleich. Von den 339.000 Personen, um die die Einwohnerzahl von 1890 bis 1900 stieg, waren knapp 49% auf den Geburtenüberschuss zurückzuführen, und immerhin 173.000 Personen auf Immigration³.

Von Kritikern und Gegnern der Zuwanderung wird häufig der Einwand erhoben, dass es sich bei der Massenmigration des späten 19. Jahrhunderts v.a. um eine Binnenmigration innerhalb der damaligen Grenzen des Habsburgerreiches handelte, weshalb die damalige

¹ Da wird gehört manch Sprach und Zung, Ich dacht ich wär gen Babl khumen [gekommen], Wo alle Sprach ein Anfang gnomen [genommen], Und hört ein seltsams Dräsch und Gschray [Geschrei] Von schönen Sprachen mancherlay. Hebreisch, Griechisch und Lateinisch, Teutsch, Frantzösisch, Türkisch, Spanisch, Behaimisch, Windisch, Italianisch, Hungarisch, guet Niederländisch, Natürlich Syrisch, Crabatisch, Rätzisch [Serbisch], Polnisch und Chaldeisch. Wolfgang Schmelztl, Ein Lobspruch der hochlöblichen weitberühmten königlichen Stat Wien in Österreich... 1548, In: Wolfgang Schmelztl, Der Wiener Hans Sachs, 1914.

² Michael Pammer, Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beiheft 161, Stuttgart 2002.

³ Statistik Austria, Bevölkerungsbilanzen 1869 bis 2001 nach Bundesländern und Komponenten (heutiger Gebietstand). http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/webobj/023856.pdf#page=bookmark

Situation mit der heutigen nicht vergleichbar sei. Dabei wird allerdings gerne übersehen, dass das damals geltende „Heimatrecht“ die aus anderen Teilen der Monarchie zugewanderten Personen in ähnlicher Weise benachteiligte und zu „Ausländern“ machte, wie es die heutigen Ausländergesetze tun. Wer in seiner Wohnsitzgemeinde nicht heimatberechtigt war und z.B. der Armenfürsorge zur Last zu fallen drohte, konnte abgeschoben werden. Wien war – auch durch die gewaltsame Assimilierungspolitik unter dem christlichsozialen Bürgermeister Karl Lueger – ein „Schmelztiegel wider Willen“ und die vollständige Assimilation bis zur Selbstverleugnung stellte das dominierende Leitbild dar⁴.

Dies betraf v.a. die mit Abstand größte Gruppe der Zuwanderer, die Tschechen (und Slowaken), die sogenannten „Ziegelböhmern“ der Wiener Gründerzeit⁵. Wie viele Tschechen um die Jahrhundertwende in Wien lebten, ist nicht mehr exakt festzustellen; die Schätzungen schwanken zwischen 400.000 und 600.000. Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1919 emigrierten rund 200.000 in die neugegründete CSR, der verbleibende Rest wurde nahezu vollständig assimiliert.

Für die Immigranten war der Preis für eine erfolgreiche Integration nicht nur die Assimilation im Sinne der Anpassung an die dominante deutschsprachige Kultur, sondern auch Dissimilation, d.h. die Verleugnung und Verdrängung ihrer eigenen Herkunft. Mit den neuen Einwanderern in einen Topf geworfen zu werden, stellte den Erfolg der eigenen Integration in Frage. Auf diesem Boden wuchs und wächst gerade im traditionellen Einwanderungsland Österreich bis heute die Fremdenfeindlichkeit⁶.

1.2. Österreich – ein vorbildliches Asylland

Nach 1945 wurde Österreich zu einem der bedeutendsten Transitländer für Flüchtlinge, v.a. aus Osteuropa. Zwischen 1945 und 1990 gelangten rund 650.000 Menschen über Österreich in den Westen. Flüchtlingspolitik und der Anspruch, ein Asylland zu sein, wurden zu Grundprinzipien des österreichischen Selbstverständnisses erhoben – wobei festzuhalten ist, dass die Asyl- und Flüchtlingspolitik Österreichs immer auch ein interessengeleitetes Feld symbolischer Politik und ein Mittel legitimatorischer Identitätsstiftung war⁷.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs lebten ungefähr 1,4 Millionen Ausländer in Österreich, darunter mehr als eine halbe Million sogenannte displaced persons, d.h. Vertriebene und Kriegsflüchtlinge, befreite KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, jüdische Flüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Angehörige von Verbündeten der deutschen Armee, die zum größten Teil schon bald in die Auswanderungsländer USA, Kanada oder Australien verschickt oder aber zwangsweise repatriiert wurden. Dazu kamen mehr als 300.000 deutschsprachige Vertriebene – sogenannte „Volksdeutsche“ – aus Mittel- und Osteuropa. Es gibt keine verlässlichen Angaben darüber, wie viele dieser Menschen tat-

⁴ Michael John und Albert Lichtblau, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt, Wien 1992. Heinz Faßmann und Rainer Münz, Einwanderungsland Österreich? Historische Muster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen, Wien 1995.

⁵ Neubürger wurden verpflichtet, bei Ablegung des Eides auf die Gemeindestatuten „den deutschen Charakter der Stadt“ nach Kräften aufrechtzuerhalten. Siehe Monika Glettler, Böhmisches Wien, 1985: 27f.

⁶ Rainer Bauböck, Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern. In: Patrick Volf und Rainer Bauböck, Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann, 2001.

⁷ Patrik-Paul Volf, Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: Zeitgeschichte, Heft 11-12/1995: 415-435. Melita Šunjic und Patrik-Paul Volf, Echte Österreicher. Gespräche mit Menschen, die als Flüchtlinge ins Land gekommen sind, 1995.

sächlich in Österreich blieben; 1948 betrug ihre Zahl jedenfalls noch etwa eine halbe Million.

In den folgenden Jahrzehnten wurde Österreich infolge politischer Krisen im kommunistischen Osteuropa und aufgrund seiner geographischen Lage drei Mal zu einem wichtigen Zielland für politische Flüchtlinge.

In den Jahren 1956/57 gelangten nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes mehr als 180.000 ungarische Flüchtlinge nach Österreich. Für den Großteil von ihnen war Österreich in erster Linie ein Transitland; etwa 20.000 Ungarn ließen sich dauerhaft im Land nieder.

Nach der gewaltsamen Beendigung des „Prager Frühlings“ im Sommer 1968 flohen etwa 162.000 Tschechen und Slowaken nach Österreich. Ein großer Teil kehrte später in ihre Heimat zurück, die übrigen wanderten zumeist in andere Staaten aus. Es wird geschätzt, dass etwa 12.000 tschechoslowakische Staatsbürger dauerhaft in Österreich blieben.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der Unterdrückung der Solidarnosc-Bewegung in den Jahren 1981 und 1982 kamen mehr als 120.000 Polen nach Österreich; der Großteil dieser Flüchtlinge nutzte Österreich ebenfalls als Korridor, um von hier in die USA, nach Kanada oder Australien auszuwandern.

Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang noch die etwa 1.000 chilenischen Flüchtlinge, die nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 Aufnahme in Österreich fanden und die etwa 300.000 Juden aus der Sowjetunion und Osteuropa, die zwischen 1968 und 1986 über Österreich vornehmlich nach Israel und in die USA auswanderten⁸.

1.3. Die „Gastarbeiterpolitik“ und ihre Folgen

In den 1950er Jahren machte sich auch in Österreich erstmals ein Arbeitskräftemangel bemerkbar, der durch die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte nach Deutschland und in die Schweiz noch verstärkt wurde. Zur Behebung dieses Arbeitskräftemangels wurden bereits 1961 Arbeiter aus Italien für die Bauwirtschaft angeworben. Grundlage für die systematische Anwerbung – und damit auch für die Einwanderung – ausländischer Arbeitskräfte war das 1961 zwischen den damaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbundes abgeschlossene „Raab-Olah-Abkommen“, durch das erstmals der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte festgelegt wurde. Gestützt auf bilaterale Abkommen sollte von eigens vor Ort eingerichteten Büros die Rekrutierung von Arbeitskräften und deren Anreise nach Österreich organisiert werden.

Das erste dieser Anwerbeabkommen wurde 1962 mit Spanien geschlossen – und blieb praktisch folgenlos. Nach dem Assoziationsvertrag zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei im Jahr 1963 folgte das Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahr darauf. 1966 wurde auch mit Jugoslawien ein Anwerbeabkommen (inklusive eines Sozialabkommens) unterzeichnet. Ein Sozialabkommen mit der Türkei folgte im Jahr 1969.

Das wesentliche Prinzip des „Gastarbeiter“-Systems bestand in der Rotation temporärer Arbeitskräfte, d.h. die „Gastarbeiter“ – zunächst in der großen Mehrzahl Männer ohne ihre Familien – sollten möglichst bald wieder in ihre Heimatländer zurückkehren und bei Bedarf durch neue ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Als Konsequenz dieser Politik wanderten zwischen 1961 und 1974 etwa 265.000 Menschen nach Österreich ein, der

⁸ Volf 1995.

größte Teil in der Zeit zwischen 1969 und 1973⁹. 1971 lag der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte bei immerhin 6.1%, ihr Anteil an der Bevölkerung allerdings nur bei 2.8%; 1973 waren 78.5% der „Gastarbeiter“ jugoslawische Staatsbürger, 11.8% Türken¹⁰.

Das „Gastarbeiter“-System funktionierte allerdings nicht wie geplant, denn schon in den 1970er Jahren ließen sich viele „Gastarbeiter“ dauerhaft in Österreich nieder. Damit aber wurde die Zuwanderung (wieder) ein wesentliches Element der demographischen Entwicklung Österreichs. Waren die Arbeitsmigranten zu Beginn im wesentlichen männliche Arbeitskräfte ohne Kinder und Familienanhang, so lag der Frauenanteil innerhalb der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich im Jahr 1971 immerhin schon bei über 39%, jener der Kinder bei fast 15%¹¹.

1974 markiert einen ersten Wendepunkt in der österreichischen Einwanderungspolitik. Die internationale Erdölkrise und die Tatsache, dass zahlreiche im Ausland tätige ÖsterreicherInnen in ihre Heimat zurückkehrten, führten zu einem verstärkten Wettbewerb am Arbeitsmarkt. Die Politik verfolgte deshalb das Ziel, die Zahl der „Gastarbeiter“ durch einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte zu reduzieren und die bereits im Land anwesenden Fremden zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Im Jahr 1975 wurde das Ausländerbeschäftigungsgesetz verabschiedet, das österreichischen Staatsbürgern grundsätzlich einen Vorrang am Arbeitsmarkt einräumte. Ausländische Arbeitnehmer erhielten nun erst nach acht Jahren Beschäftigung einen sogenannten „Befreiungsschein“, der ihnen den uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt garantierte.

Der Anwerbestopp hatte allerdings einen völlig unerwarteten Nebeneffekt. Zwar ging die Zahl der ausländischen Beschäftigten zwischen 1974 und 1984 um rund 40% zurück, allerdings veranlassten der Anwerbestopp und die fehlende Rückkehroption viele „Gastarbeiter“ zu einer deutlichen Verlängerung ihrer Aufenthaltsdauer und zum Nachholen ihrer Familien. Durch diesen Familiennachzug wurde die Rückwanderung weitgehend kompensiert und die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung blieb nahezu konstant¹². Der Anteil der MigrantInnen an Beschäftigung und Bevölkerung konvergierte auf 5% respektive 4% gegen Mitte der 1980er Jahre. Dies bewirkte gleichzeitig eine Erhöhung des Frauenanteils unter den Migranten von 39,4% (1971) auf 44,4% (1981); der Anteil der Kinder erhöhte sich im selben Zeitraum sogar von 14,8% auf 22,5%. Damit stellte sich erstmals das Problem der Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher ins österreichische Bildungs- und Berufsausbildungssystem.

1.4. Österreich – ein problematisches Asylland

Das Jahr 1989, und hier besonders der Umsturz in Rumänien zum Jahreswechsel 1989/90 und die damit einsetzende Flüchtlingswelle, markierte eine weitere Wende in der österreichischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Unter dem Eindruck stark emotionalisierter innenpolitischer Debatten wurde das Asylrecht Schritt für Schritt demontiert. Zur „Verhinderung von Asylmissbrauch“ wurden „beschleunigte Asylverfahren“ eingeführt, Visa-Pflichten für die wichtigsten Herkunftsstaaten von Asylwerbern verhängt und Abschiebungen erleichtert. Die hitzige „Ausländerdebatte“ während des Nationalratswahlkampfes

⁹ Rainer Münz, Peter Zuser und Josef Kytir, Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Heinz Faßmann und Irene Stacher (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozio-ökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003.

¹⁰ Gudrun Biffi, SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 1994/95, 1995, Tabellen 11 und 12.

¹¹ Münz et al. 2003.

¹² Münz et al. 2003:23.

1990 mündete in einer umfassenden Verschärfung des Ausländerrechts zu Beginn der 1990er Jahre. Restriktive Bestimmungen – wie die Einführung der „Drittstaatsicherheit“¹³, des beschleunigten Verfahrens bei „offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“ oder die Reduzierung des Rechts auf vorläufigen Aufenthalt – sollten bereits den Zugang zum Asylverfahren reduzieren und eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Asylwerber ausüben.

Darüber hinaus beschloss die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung, das Bundesheer als Unterstützung bei der Überwachung der Grenzen zu Ungarn und der Tschechoslowakei einzusetzen.

Auf die Gesamtzahl der Flüchtenden hatten diese Maßnahmen allerdings nur wenig Einfluss. Der Zusammenbruch des jugoslawischen Staates und die darauf folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo führten zur größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Viele der Flüchtlinge suchten – nicht zuletzt aufgrund der geographischen Nähe – Schutz in Österreich. 1992 kamen rund 50.000 Kriegsvertriebene aus Bosnien-Herzegowina nach Österreich, bis 1995 erhielten etwa 90.000 Personen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht¹⁴, allerdings als „De facto-Flüchtlinge“ und nicht als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)¹⁵.

Der Krieg im Kosovo sorgte für ein weiteres Ansteigen der Asylanträge. In den Jahren 1998 und 1999 suchten über 13.000 jugoslawische Staatsbürger, zum größten Teil Kosovaren, in Österreich um Asyl an; 2.953 von ihnen wurde der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Diese relativ hohe Zahl von Anerkennungen bildete jedoch eine Ausnahme. Zwischen 1994 und 1998 wurde pro Jahr durchschnittlich nur 700 Flüchtlingen der Status nach der GFK gewährt – bei rund zehnmal so vielen Ansuchen¹⁶.

Seit 1999 ist eine entscheidende Veränderung in der Zusammensetzung der Flüchtlingspopulation festzustellen. Lange Zeit stellten nichteuropäische Asylwerber im Vergleich zu europäischen nur eine kleine, wenn auch wachsende Minderheit dar. Seit der Jahrtausendwende hat sich dieses Verhältnis jedoch umgekehrt. Schon im Jahr 2000 standen Flüchtlinge aus Afghanistan mit 2.280 Asylansuchen an der Spitze der Asylwerber, gefolgt von iranischen (1.374), indischen (1.343) und irakischen (1.231) Staatsbürgern.

1.5. Die Einführung der „Ausländerquoten“

Zwischen 1989 und 1993 stieg die Zahl der in Österreich lebenden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 387.000 Personen auf 690.000, was nahezu einer Verdoppelung gleichkommt. Gründe für diesen Anstieg waren der Fall des Eisernen Vor-

¹³ Schutz im sicheren Drittstaat besteht, wenn einem Fremden in einem Staat, in dem er nicht gemäß § 8 Abs. 1 bedroht ist, ein Verfahren zur Einräumung der Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention offen steht oder im Wege über andere Staaten gesichert ist (Asylverfahren), er während dieses Verfahrens in diesem Staat zum Aufenthalt berechtigt ist und er dort Schutz vor Abschiebung in den Herkunftsstaat - auch im Wege über andere Staaten - hat, sofern er in diesem gemäß § 8 Abs. 1 bedroht ist. Dasselbe gilt bei gleichem Schutz vor Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung für Staaten, die in einem Verfahren zur Einräumung der Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention bereits eine Entscheidung getroffen haben [§ 4 (2) AsylG Drittstaatsicherheit].

¹⁴ Patrik Volf und Rainer Bauböck 2001. Hakan Gürses, Cornelia Kogoj, Sylvia Mattl, Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, 2004.

¹⁵ Die Bezeichnung De-facto-Flüchtling ist kein Rechtsbegriff. In Österreich versteht man darunter den zeitweiligen, humanitären Aufenthalt von Bürgerkriegsflüchtlingen, die nach einer „gewissen“ Zeit wieder die Option zur Heimkehr in ihr Heimatland haben. Bis dahin gewährt Österreich ihnen Schutz, verpflegt sie und bietet Quartier.

¹⁶ Abgesehen von Anerkennungen erhielten rund 300 Menschen pro Jahr Schutz vor Zurückschiebung und weitere 200 eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen.

hangs, die Kriege und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und Tschetschenien sowie eine erhöhte Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften als Folge der Hochkonjunktur der frühen 1990er Jahre.

Der Anteil der MigrantInnen an den unselbständig Beschäftigten stieg von 5,9% im Jahr 1988 auf 9,1% im Jahr 1993. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Arbeitslosen von 149.200 (davon 10.000 arbeitslose Ausländer) auf 195.100 (davon 27.100 arbeitslose Ausländer). Trotz der verstärkten Zuwanderung aus den ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (Polen, Tschechien, Ungarn) kamen 60% dieser Migranten auch weiterhin aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei.

1990 beschlossen die damaligen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP die Einführung einer Quote für ausländische Arbeitskräfte („Bundeshöchstzahl“), definiert als ein maximaler Anteil von ausländischen Arbeitskräften am gesamten Arbeitskräftepotential. Die jährlich festgesetzten Quoten schwankten zwischen 8 und 10% des Arbeitskräftepotentials.

In den Jahren 1992/93 wurde durch die gesetzliche Begrenzung des Neuzuzugs eine weitere Wende in der Zuwanderungspolitik eingeleitet. Anstelle des „Gastarbeiter“-Systems trat ein Quotensystem, das die Anzahl an Niederlassungsbewilligungen jedes Jahr neu festlegte und somit als erste Konsequenz die Einwanderung nach Österreich reduzierte. Zwischen 1993 und 2001 betrug die Nettozuwanderung 159.000 Personen, was einem Wanderungsplus von etwa 20.000 Personen pro Jahr entspricht¹⁷. Der unterschiedliche rechtliche Status ausländischer Arbeitskräfte gegenüber den inländischen führte allerdings zu Diskriminierungen in vielen Bereichen und bewirkte eine neue soziale Unterschichtung.

1.6. Steigende Zuwanderung und politische Debatten

Die Jahre zwischen 1997 und 2002 waren – abgesehen von einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2000 – durch einen neuerlichen Anstieg der Asylanträge charakterisiert. Während 1997 6.719 Personen einen Asylantrag stellten, stieg die Anzahl im Jahr 2002 auf 39.354 Anträge, was nahezu einer Versechsfachung gleichkommt. Im Jahr 2003 ging die Anzahl der Asylanträge auf 32.364 zurück. Die Anerkennungsquote stieg im selben Zeitraum stetig von 8.1% im Jahr 1997 auf 28.4 % im Jahr 2003.

Im Jahr 2000 ging die ÖVP nach 13 Jahren Großer Koalition eine Regierungspartnerschaft mit der FPÖ ein, zu deren Hauptforderungen die Einschränkung der Zuwanderung zählte. Während in den letzten Jahren der Großen Koalition (1997-99) 298.000 ausländische Beschäftigte offiziell registriert waren, stieg deren Anzahl nunmehr kontinuierlich an und erreichte im Juli 2004 mit 379.000 ausländischen Beschäftigten einen neuen Höhepunkt¹⁸. Diese Entwicklung war einerseits dadurch bedingt, dass die Anzahl der ausländischen Beschäftigten aus EU-Mitgliedsstaaten – nicht zuletzt auch aus Deutschland – deutlich gestiegen war, andererseits aber auch durch die Ausweitung und Erleichterung der Saisonbeschäftigung von AusländerInnen, die bis zu einem Jahr in Österreich arbeiten und nach einer zweimonatigen Pause wieder um eine neue befristete Beschäftigung ansuchen durften.

Nach den Daten der Volkszählung des Jahres 2001 waren bereits 12.5% der österreichischen Wohnbevölkerung im Ausland geboren. Österreich verfügt damit über einen höheren „Ausländeranteil“ als das klassische Einwanderungsland USA. Gleichzeitig ermittelte

¹⁷ Münz et al. 2003: 27.

¹⁸ Statistik Austria, Statistische Übersichten 2004.

die Statistik Austria für das Jahr 2003 einen neuen „Einbürgerungsrekord“ (44.694 Personen)¹⁹. Diese hohe Zahl war allerdings nicht Folge einer liberaleren Einbürgerungspolitik, sondern der Tatsache zu verdanken, dass viele der bereits jahrelang in Österreich niedergelassenen MigrantInnen nun um die Staatsbürgerschaft ansuchen konnten²⁰.

2. Zum aktuellen Stand der Migration in Österreich

2.1. BMI -Statistik und Wanderungsstatistik im Vergleich

Seit dem Jahr 1999 ermöglichen die vom Bundesministerium für Inneres (BMI) erstellten Statistiken über Asylwerber sowie quotenpflichtige bzw. quotenfreie Erstniederlassungsbewilligungen und Erstaufenthaltserlaubnisse („Aufenthaltstitel nach dem Fremdenengesetz“) eine Gegenüberstellung mit der von der Statistik Austria aus den An- und Abmeldungen des Zentralen Melderegisters (ZMR, „aufrechte Meldungen“) ermittelten Zahlen über die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen. Diese Zahlen divergieren z.T. stark.

Bei der Volkszählung des Jahres 2001 wurden insgesamt 1.003.399 im Ausland geborene Personen ermittelt (12,5% der Wohnbevölkerung). Wichtigste Herkunftsländer waren Serbien und Montenegro (143.077, 14,3% der im Ausland Geborenen), Deutschland (140.099, 14%), Bosnien und Herzegowina (134.402, 13,4%) und die Türkei (125.026, 12,5%). Alle übrigen Länder lagen jeweils weit unter 10%. Auf Wien entfielen 366.289 im Ausland geborene Personen (von 1.550.123 Einwohnern). Was die Staatsangehörigkeit anbelangt, so standen 7.322.000 Österreicher 710.926 Ausländern gegenüber; stärkste Nationen waren Serben und Montenegriner (132.975), Türken (127.226) und Bosnier (108.047). Es folgten Deutsche (72.218) und Kroaten (60.650).

Interessant ist das Verhältnis bei den erwerbstätigen Personen. Hier standen 3.575.687 Österreichern 411.074 Ausländer gegenüber (Serbien-Montenegro 79.296, Bosnien und Herzegowina 64.930, Türkei 64.101, Deutschland 40.264). Bei der Aufschlüsselung nach dem Geburtsland standen 3.404.954 in Österreich geborene Personen 581.807 im Ausland Geborenen gegenüber (Bosnien und Herzegowina 95.013, Serbien und Montenegro 89.109, Türkei 82.543 und Deutschland 67.943)²¹.

Zu Jahresbeginn 2006 lebten bereits 814.065 ausländische Staatsangehörige in Österreich (gegenüber 7.451.861 österreichischen Staatsbürgern). Der Ausländeranteil betrug damit 9,8% und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2% oder rund 25.000 Personen. Seit dem Jahr 2001 ergibt das in Summe einen Anstieg um rund 109.000 Personen²².

Die Zahl der Ausländer wächst in erster Linie durch Wanderungsgewinne. 2005 betrug der Wanderungsgewinn knapp 54.000 Personen und war damit etwas geringer als noch 2004 (mehr als 60.000 Personen).

Insgesamt wurden im Jahr 2005 34.876 im Inland lebende Ausländer eingebürgert (2004: 41.645). Die Einbürgerungsquote sank damit von 5,4% (2004) auf 4,4%. Da bei der inländischen Bevölkerung sowohl die Geburten- (minus 4.333 Personen) als auch die Wanderungsbilanz (minus 4.803 Personen) negativ waren, ging der Zuwachs von knapp 34.000 Inländern v.a. auf das Konto der Einbürgerungen.

¹⁹ Statistik Austria.

²⁰ Harald Waldrauch und Dilek Cinar, Staatsbürgerschaftspolitik und Einbürgerungspraxis in Österreich. In: Heinz Faßmann und Irene Stacher (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, Wien 2003: 282.

²¹ Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch 2003.

²² Demographisches Jahrbuch 2005, Statistik Austria 2006.

Unter den nicht-österreichischen Staatsangehörigen waren am Jahresbeginn 2006 227.405 EU-Bürger, davon 150.006 aus den 14 „alten“ EU-Ländern (EU-14) und 77.399 Bürger aus den zehn neuen Mitgliedsländern, weiters 302.222 Bürger der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien), 113.635 Türken und 170.803 Angehörige sonstiger Staaten. Die Zahl der EU-14-Bürger nahm damit um 20.690 zu; der Anstieg aus den zehn neuen Mitgliedsländern betrug 8.347 und machte damit 40% des Bevölkerungszuwachses aus dem EU-Raum aus, wobei nur drei Länder quantitativ ins Gewicht fielen, nämlich Polen (+ 4.562 Personen), die Slowakei (+ 1.789 Personen) und Ungarn (+ 1.304 Personen). Die Zahl der Bürger aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sank im Jahr 2005 um 1.133, jene der türkischen Staatsangehörigen um 3.247.

Nach einzelnen Staatsangehörigkeiten betrachtet bildeten die Bürger aus Serbien-Montenegro (139.076) die größte Ausländergruppe²³, gefolgt von Bürgern aus der Türkei (113.635) und deutschen Staatsangehörigen, die erstmals die 100.000er-Marke überschritten (104.410).

Aus integrationspolitischer Sicht stellen allerdings die sogenannten Drittstaatsangehörigen die wichtigste Gruppe innerhalb der Migranten dar. Anfang des Jahres 2006 hielten sich insgesamt 505.649 Drittstaatsangehörige mit aufrechten Aufenthaltstiteln in Österreich auf. Diese verteilten sich wie folgt auf die wichtigsten Herkunftsländer²⁴:

Serbien und Montenegro	132.986	(26,30%)
Türkei	100.879	(19,95%)
Bosnien-Herzegowina	98.936	(19,57%)
Kroatien	59.722	(11,81%)
Rumänien	18.018	(3,56%)
Mazedonien	16.356	(3,23%)
Volksrepublik China	6.993	(1,38%)
Bulgarien	5.299	(1,05%)
Ägypten	5.082	(1,01%)
Indien	5.052	(1,00%)
Russische Föderation	4.576	(0,90%)

Regional verteilten sich die in Österreich legal aufhaltigen Drittstaatsangehörigen (ohne Asylwerber) wie folgt auf die 9 Bundesländer:

Wien:	213.196	(42,16%)
Oberösterreich:	68.562	(13,56%)
Niederösterreich:	60.530	(11,97%)
Salzburg:	39.143	(7,74%)
Steiermark:	37.125	(7,34%)
Tirol:	36.619	(7,24%)
Vorarlberg:	25.721	(5,09%)
Kärnten:	18.955	(3,75%)
Burgenland:	5.789	(1,14%)

²³ Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) bildeten in allen Bundesländern außer Vorarlberg (dort: Türken) die zahlenmäßig größte Ausländergruppe.

²⁴ Asyl- und Fremdenstatistik 2005, Bundesministerium für Inneres.

Auf Wien entfallen demnach 42,16% aller in Österreich lebenden Drittstaatsangehörigen, wobei auch hier große regionale Unterschiede zu beobachten sind.

Innere Stadt	1.658	0,78% ²⁵
Leopoldstadt	16.876	7,92%
Landstraße	11.368	5,33%
Wieden	3.633	1,70%
Margareten	10.020	4,70%
Mariahilf	3.516	1,65%
Neubau	4.173	1,96%
Josefstadt	2.520	1,18%
Alsergrund	5.451	2,56%
Favoriten	24.078	11,29%
Simmering	8.863	4,16%
Meidling	12.572	5,90%
Hietzing	2.338	1,10%
Penzing	9.188	4,31%
Rudolfsheim-Fünfhaus	17.743	8,32%
Ottakring	19.729	9,25%
Hernals	9.444	4,43%
Währing	6.004	2,82%
Döbling	5.304	2,49%
Brigittenau	16.690	7,83%
Floridsdorf	9.133	4,28%
Donaustadt	8.142	3,82%
Liesing	4.753	2,23%

Den höchsten Ausländeranteil verzeichneten die Bundesländer Wien (18%), Vorarlberg (13%), Salzburg (12%) und Tirol (10%). Auf Bezirksebene sind nur in Wien Ausländeranteile von über 25% zu verzeichnen. Spitzenreiter ist der Wiener Gemeindebezirk Rudolfsheim-Fünfhaus (32%), gefolgt von der Brigittenau (26%), Ottakring (26%) und Hernals (25%). Neben den Landeshauptstädten Salzburg (20%), Innsbruck (15%), Linz (13%) und St. Pölten (11%) war der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auch in anderen Städten wie Wels (16%) und Villach (11%) überdurchschnittlich hoch. Sehr geringe Ausländerquoten (unter 3%) verzeichneten die steirischen Bezirke mit Ausnahme des Ballungsraums Graz, das Mühl- und Waldviertel sowie Teile der niederösterreichischen Eisenwurzen²⁶.

Die Staatsangehörigkeiten der Zuwanderer unterstreichen sowohl die zunehmenden Verflechtungen mit den Ländern der Europäischen Union als auch die fortgesetzte Bedeutung der Zuwanderung aus Südosteuropa und der Türkei. Unter den EU-Bürgern stellten deutsche Staatsangehörige mit einem Saldo von +9.402 (2004: +7.598) Personen die größte Zuwanderergruppe.

²⁵ Prozentzahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Drittstaatsangehörigen in Wien.

²⁶ Bevölkerungsstand 2004-2006, Statistik Austria.

2.2. Herkunft der ausländischen Wohnbevölkerung

In den letzten Jahrzehnten stieg die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich kontinuierlich an.

- 1981: 303.684 Personen (von 7.568.710 = 4%)
davon 126.601 Ex-Jugoslawen und 60.277 Türken.
- 1991: 532.746 Personen (von 7.812.225 = 6,8%)
davon 207.693 Ex-Jugoslawen und 120.493 Türken.
- 1996: 728.190 Personen (von 8.059.385 = 9%)
davon 333.591 Ex-Jugoslawen und 140.841 Türken.
- 2001: 764.314 Personen (von 8.131.953 = 9,4%)
davon 341.730 Ex-Jugoslawen und 133.435 Türken.

Parallel dazu betrug die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien:

- 1981: 113.498 Personen (von 1.531.888 = 7,4%)
davon 58.766 Ex-Jugoslawen, 20.009 Türken, 34.723 sonstige.
- 1991: 202.054 Personen (von 1.544.737 = 13,1%)
davon 89.998 Ex-Jugoslawen, 44.456 Türken, 67.600 sonstige.
- 1996: 266.974 Personen (von 1.595.399 = 16,7%)
davon 125.304 Ex-Jugoslawen, 48.256 Türken, 93.414 sonstige.
- 2001: 286.661 Personen (von 1.608.161 = 17,8%)
davon 125.273 Ex Jugoslawen, 43.396 Türken, 117.992 sonstige.

Derzeit liegt die Zahl der ausländischen Staatsbürger in Österreich bei etwa 840.000; das entspricht etwa 10% der Gesamtbevölkerung²⁷. Davon waren laut BMI per Anfang April 2007 451.801 Personen als Drittstaatsangehörige mit „aufrechten Aufenthaltstiteln“ registriert²⁸.

Angehörige der klassischen Herkunftsländer, das ehemalige Jugoslawien und die Türkei, machen immer noch fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung aus. Die mit Abstand größte Gruppe stammt aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (302.200); die Serben stellten hier mit 125.444 (27,77% der Drittstaatsangehörigen) die größte Untergruppe vor den Bosniern mit 93.228 (20,63%), den Kroaten mit 56.559 und den Mazedoniern mit 15.740.

Deutsche Staatsbürger stellen mit 118.000 Personen bereits die zweitstärkste Gruppe von AusländerInnen dar. Größte Untergruppen sind die zum überwiegenden Teil wohl nur temporär in Österreich aufhaltigen deutschen Studenten und die Angestellten im Hotel- und Gaststättengewerbe. Insgesamt liegt die Zahl von Personen aus Ländern der Europäischen Union bei rund 288.700, davon 166.600 aus den alten EU-Staaten (EU-14) und 87.400 aus den zehn im Jahr 2004 beigetretenen Ländern. Aus den neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien waren rund 34.600 Personen mit einem Hauptwohnsitz in Österreich gemeldet.

²⁷ http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/025109

²⁸ <http://www.bmi.gv.at/>

Die drittstärkste Gruppe von AusländerInnen stellen die türkischen Staatsbürger mit 109.300 Personen (20,76% der Drittstaatsangehörigen) Bei den „Drittstaatsangehörigen“ lagen alle übrigen Nationalitäten deutlich unter 10.000 Personen (VR China 5.556, Ägypten 4.653, Indien 4.555).

2.3. Geschlecht und Altersstruktur der MigrantInnen

Obwohl in der Gruppe der Zuwanderer nach wie vor die Männer überwiegen, ist die Migration kein vorwiegend männliches Phänomen mehr. Von den 826.013 Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft waren zu Jahresbeginn 2007 425.203 Männer (51,4%) und 400.810 Frauen (48,6%). Bei der österreichischen Bevölkerung lag der Anteil der Männer bei 48,3%, jener der Frauen hingegen bei 51,7%.

Auch in der Alterstruktur zeigen sich noch markante Unterschiede, v.a. bei der älteren Bevölkerung. In der Gruppe der unter 19-jährigen liegen die Nicht-Österreicher mit 176.465 (21,3%) in etwa gleich auf mit der jungen österreichischen Bevölkerung (21,6%). Bei der großen Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren liegt der Anteil bei den Nicht-Österreichern mit 73,1% (604.000 Personen) markant über dem der Österreicher (60,2%). Dagegen sind in der Gruppe der Nicht-Österreicher 45.548 Personen oder 5,5% älter als 65 Jahre (Österreicher: 18,1%), darunter 15.008 älter als 75 Jahre (1,8%, Österreicher: 8,5%).

Die ausländische Wohnbevölkerung ist damit immer noch deutlich jünger als die österreichische und insbesondere der Anteil der über 60-jährigen ist wesentlich geringer als jener unter den ÖsterreicherInnen. Der größte Teil der ausländischen Wohnbevölkerung gehört zu den mittleren Altersgruppen (20% zu den 19- bis 30-jährigen, 33% zu den 30- bis 45-jährigen). Obwohl viele Angehörige der „ersten Generation“ der „Gastarbeiter“ mittlerweile das Pensionsalter erreicht haben und die Zahl der älteren Ausländer bereits signifikant angestiegen ist, kamen durch die zuletzt verstärkte Zuwanderung aus Deutschland und den neuen Mitgliedsstaaten der EU wieder vorwiegend jüngere Personen und verstärkt auch Frauen ins Land²⁹.

Die Migranten aus den EU-Beitrittsländern sind deutlich jünger als die ansässige ausländische Bevölkerung. So betrug der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter bei den Migranten aus den osteuropäischen Beitrittsländern zwischen 1996 und 1999 89,2%, während er bei der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung bei 80,8% lag. Auch der Frauenanteil ist in dieser Gruppe etwas höher als beim Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Da die Beitrittsstaaten zudem einen hohen Anteil von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung ausweisen, sind die nach Österreich zugewanderten Arbeitnehmer aus diesen Ländern im Schnitt besser ausgebildet als die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei.

2.4. Phänomen Pendelmigration

Ein großer Teil des Migrationspotenzials aus den östlichen Nachbarstaaten besteht aus Pendelmigranten. Die Zunahme der Pendelmigration ist v.a. für Wien bedeutsam. Das geschätzte Tagespendlerpotential nach Österreich liegt bei rund 85.000 Personen, jenes nach Wien bei rund 30.000 Personen. Neben Wien sind v.a. die östlichen und südlichen

²⁹http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_zu_jahresbeginn_ab_1981_nach_staatsangehoerigkeit_und_geschle_023455.pdf

Umlandbezirke der Stadt das Ziel vieler Tagespendler. Hier ist insbesondere auf die räumliche Nähe von Wien zur slowakischen Hauptstadt Bratislava hinzuweisen, wobei erwartet wird, dass sich der Raum Wien - Bratislava nach dem Ende der Übergangsfristen zu einem zusammenhängenden regionalen Arbeitsmarkt entwickeln wird.

Durch die in den Europaabkommen festgelegte Dienstleistungsfreiheit haben Bürger der neuen Beitrittsstaaten schon jetzt das Recht, Dienstleistungen in Österreich anzubieten. Aufgrund der demographiebedingt weiterhin wachsenden Nachfrage nach häuslichen Pflegedienstleistungen ist mit einem weiteren Ansteigen nicht nur dieses Angebots, sondern auch der Reinigungs- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen zu rechnen. Darüber hinaus sollte das im Verhältnis höhere Bildungsniveau der potentiellen Pendler und Migranten auch der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften im Großraum Wien entgegenkommen.

2.5. Neueste Zahlen

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 betrug der Anstieg von Staatsangehörigen aus den EU-14 Staaten rund 3% (+ 4.800 Personen), jener aus den neuen EU-10 rund 4% (+ 3.300 Personen). Die Zahl der Bulgaren und Rumänen erhöhte sich in den ersten beiden Quartalen nach dem EU-Beitritt um rund 16% (+ 4.700 Personen). Damit war der Bevölkerungsanstieg aus diesen beiden Anfang 2007 der EU beigetretenen Ländern absolut betrachtet fast so hoch wie aus den EU-14. Die Zahl der Staatsangehörigen aus dem Nicht-EU-Raum wies hingegen nur eine leichte Zunahme in Höhe von 0,3% (+ 1.700) auf. Die Zahl der Bürger aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (mit Slowenien) sank geringfügig um 0,6% (minus 1.800 Personen), jene der türkischen Staatsangehörigen stagnierte (+0,5% bzw. + 500 Personen).

Auch wenn die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei immer noch rund zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung ausmachen, ist die zunehmende Binnendifferenzierung der Migranten eines der wesentlichsten demographischen Entwicklungsmerkmale der letzten Jahre.

Der Anteil der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei an den ausländischen Staatsangehörigen sank von 69% im Jahr 1981 auf 67% im Jahr 1991 und hielt bei der Volkszählung 2001 bei 61%³⁰. Somit stammen bereits rund 40% der in Wien lebenden Migranten nicht mehr aus den früheren Hauptanwerberegionen. Einen deutlichen Anstieg verzeichneten hingegen Zuwanderer aus den östlichen, mittlerweile der EU beigetretenen Nachbarländern, aber auch aus Afrika und Asien, wodurch auch die „Sichtbarkeit“ der Zuwanderung stieg.

Anfang November 2007 präsentierte die Statistik Austria die letzten Zahlen für das Jahr 2007. Demnach weisen bereits 1,35 Millionen Menschen in Österreich, das sind 16,3%, einen „Migrationshintergrund“ auf, d.h. sie wurden entweder im Ausland geboren (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) oder sie besitzen, selbst wenn sie bereits in Österreich zur Welt kamen, noch keine österreichische Staatsbürgerschaft³¹. Mehr als 440.000 Menschen haben ihre Wurzeln in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, 155.000 in der Türkei. Danach folgen bereits die Zuwanderer aus Deutschland (121.000). Und während der Zuzug aus den klassischen Einwandererregionen derzeit stagniert, stieg die Zahl

³⁰ Statistik Österreich 2001, eigene Berechnungen.

³¹ Bei der Volkszählung 2001 waren es noch 14%. Angehörige der „zweiten Generation“, die in Österreich geboren sind und die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, fallen nach der hier angewandten Definition nicht mehr unter die Kategorie „Migrationshintergrund“.

der Zuwanderer aus der Europäischen Union allein in den ersten neun Monaten 2007 um 7,5%, wobei der größte Zustrom – plus 21 % – derzeit aus den neuen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen ist.

Vorläufige Einwohnerzahlen am 1.7.2007 nach Staatsangehörigkeitsgruppen

	Bevölkerungsstand			Veränderung 1.1 bis 1.7 ¹⁾	
	01.01.2007	01.04.2007	01.07.2007 ¹⁾	abs.	in %
Insgesamt	8.298.923	8.308.205	8.316.487	17.564	0,2
Inländer	7.472.910	7.473.798	7.475.993	3.083	0,0
Ausländer	826.013	834.407	840.494	14.481	1,8
EU-Staaten (26)	275.884	282.925	288.684	12.800	4,6
EU-Staaten (14)	161.803	164.787	166.622	4.819	3,0
EU-Beitrittsländer (2004)	84.123	85.845	87.440	3.317	3,9
EU-Beitrittsländer (2007)	29.958	32.293	34.622	4.664	15,6
Nicht EU-Staaten	550.129	551.482	551.810	1.681	0,3
Europa	717.894	724.943	730.046	12.152	1,7
Deutschland	113.668	116.039	117.963	4.295	3,8
Ex-Jugoslawien (mit Slowenien)	303.999	303.477	302.232	-1.767	-0,6
Türkei	108.808	109.023	109.330	522	0,5
Afrika	20.897	21.053	21.076	179	0,9
Amerika	16.898	17.202	17.112	214	1,3
Asien	54.855	55.642	56.590	1.735	3,2
Sonstige	15.469	15.567	15.670	201	1,3

STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. - 1) Vorläufige Ergebnisse.

In Wien besitzt bereits fast jeder dritte Einwohner einen „Migrationshintergrund“. Führend sind hier weiterhin die Bezirke Rudolfsheim-Fünfhaus (46%), Leopoldstadt, Margareten und die Brigittenau (alle über 40%).

3. Längerfristige Bevölkerungsprognosen für Wien

Aufgrund des Verlustes ihrer zentralen geopolitischen Lage büßte die frühere Zwei-Millionen-Weltstadt Wien zwischen 1918 und 1980 rund 500.000 Einwohner ein. Bis Ende der 1980er Jahre war die Bevölkerungsentwicklung der Stadt von einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang geprägt³². Nachdem 1987 mit 1,494 Millionen Einwohnern ein

³² Bedingt durch die Randlage der Stadt im zweigeteilten Europa lebten in der Nachkriegszeit in Wien auch nur wenige Ausländer (rund 60.000 im Jahr 1971).

vorläufiger Tiefststand erreicht worden war, stieg die Bevölkerungszahl als Folge verstärkter Zuwanderung bis 1994 wieder auf rund 1,6 Millionen an. Gleichzeitig vervierfachte sich die Zahl der Ausländer mit der Öffnung der Grenzen seit 1989. Heute schätzt man unter Berücksichtigung von Dunkelziffern die Zahl der Ausländer auf ca. 380.000, d. h. auf rund ein Viertel der Bevölkerung.

3.1. Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung bis 2050

Am 17. Oktober 2005 präsentierte die Statistik Austria eine neue Bevölkerungsprognose für Österreich (bis 2050)³³. Demnach wird die Gesamtbevölkerung des Landes in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen – von 8,17 Millionen Einwohner (2005) auf 8,54 Millionen (2015) und 8,84 Millionen (2030). Der Scheitelpunkt wird demzufolge im Jahr 2050 mit etwa 9 Millionen Einwohnern erreicht sein.

Dieses Wachstum wird allerdings nur durch Zuwanderung erreicht werden. Sie kompensiert den „Geburtenausfall“ und sorgt für Wachstum: direkt, durch die Zunahme der Einwohnerzahl, und indirekt, durch die Zunahme potentieller Mütter und Väter.

Im Jahr 2004 betrug der Wanderungsgewinn Österreichs 50.600 Personen – 127.400 Zuwanderern standen 76.800 Abwanderer gegenüber. Zunehmende Verflechtungen mit den bisherigen und den neuen EU-Ländern, bestehende Ansprüche auf Familiennachzüge infolge von Einbürgerungen sowie in gewissem Ausmaß ökonomisch bedingte Migration werden die Zuwanderung in den nächsten Jahren auf einem ähnlich hohen Niveau halten. Längerfristig ist jedoch durch ökonomische und demographische Veränderungen in den Herkunftsländern der Zuwanderer mit einem graduellen Rückgang der Zuwanderung auf etwa 100.000 Personen jährlich zu rechnen, wodurch sich der Wanderungssaldo bei jährlich angenommenen 80.000 Abwanderern ab dem Jahr 2020 bei rund 20.000 Personen einpendeln wird. Diese jährlichen Wanderungsgewinne werden den Hauptmotor des Bevölkerungswachstums bilden.

Wien wird gemäß diesen Prognosen das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer erfahren. Grund dafür ist auch hier die Zuwanderung – rund 40% der Migration nach Österreich entfallen auf die Bundeshauptstadt – und die Tatsache, dass es wieder mehr Kinder in Wien gibt. Nach der Prognose der Statistik Austria wird die Bevölkerungszahl Wiens von 1,61 Millionen (2004) auf 1,79 Millionen im Jahr 2015 (+11%) und 1,93 Millionen im Jahr 2030 (+20%) ansteigen. 2050 wird die Bevölkerung die 2-Millionen-Grenze überschritten haben und mit 2,05 Millionen Einwohnern um 27% mehr zählen als 2004. So viele Einwohner hatte Wien zuletzt im Jahr 1910. Diese Zahlen liegen deutlich über den 2004 präsentierten ÖROK-Prognosen (2001-2031), die für die Stadtregionen Wien ein Wachstum von „nur“ 10% bis 2031 auswiesen³⁴.

Generell werden die Stadtregionen die Wachstumsgewinner sein; sie profitieren von den wirtschaftlichen Tendenzen der vergangenen Jahre (Zunahme der Dienstleistungsberufe, Internationalisierung der Unternehmen) und sie sind attraktiv für die Zuwanderung. Allerdings ist von einer weitgehenden Stagnation der Kernstädte und einem Wachstum der Umlandgemeinden auszugehen.

³³http://www.thon.at/geographie/gw_7_0607/%F6sterreich_beav%F6lkerung/bevolkerungsprognose.pdf

³⁴ ÖROK-Prognosen 2001-2031, 7. Mai 2004. Siehe dazu auch: Aktualisierung der regionalisierten ÖROK-Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und Haushaltsprognose 2001 bis 2031. Erstellt von der Statistik Austria im Auftrag der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK).
http://oerok.gv.at/Raum_Region/Prognosen_2005_2031/OEROK_Bev_Erw_Progn_Aktualisierung2006.pdf

Mit Wien werden auch Niederösterreich sowie die westlichen Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg kräftige Bevölkerungszuwächse (7 bis 13%) zu erwarten haben; in der Steiermark und in Kärnten werden hingegen Rückgänge zwischen 3 und 5% zu verzeichnen sein. Damit wird auch das jahrzehntelang gültige Bild eines zweigeteilten Landes mit Wachstum im Westen und Bevölkerungsrückgang im Osten nicht mehr stimmen.

Nach dem Jahr 2050 werden aus heutiger Sicht die Geburtendefizite so hoch sein, dass sie durch die erwarteten Wanderungsgewinne nicht mehr kompensiert werden können. Die Bevölkerungszahl wäre dann wieder leicht rückläufig.

3.2. Noch rascheres Bevölkerungswachstum für Wien?

Die 2007 präsentierte „Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Wien 2005 bis 2035“³⁵ der Statistik Austria geht von einem noch rascheren Bevölkerungswachstum durch Migration für Wien aus, das bereits im Jahr 2035 die 2-Millionen-Grenze erreicht haben wird. Der Ausländeranteil wird – unter Voraussetzung der Fortführung der jetzigen restriktiven Einbürgerungspolitik – im gesamten Stadtgebiet von heute 19% (309.000) auf künftig 28% (560.000) steigen³⁶.

Verantwortlich für diesen starken Anstieg ist nicht nur die weiterhin konstante Zuwanderung aus den klassischen Herkunftsländern Ex-Jugoslawien und Türkei, sondern auch aus den (neuen) EU-Mitgliedsstaaten, für deren Bürger als nunmehrige EU-Bürger kein praktischer Grund zur Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft besteht.

Angesichts der zu erwartenden Zunahme des Anteils der ausländischen Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung werden sich die integrationspolitischen Herausforderungen im Bereich des Bildungswesens, aber auch im Bereich der beruflichen Weiter- und Erwachsenenbildung deutlich erhöhen.

In den bereits von vielen Migranten bewohnten Bezirken im Bereich des westlichen Gürtels könnte sich der Gegensatz zwischen besser situierter österreichischer Bevölkerung in den Randregionen und ausländischer Bevölkerungskonzentration in Gürtelnähe weiter verschärfen.

3.3. Dramatische Änderungen bei der Alterstruktur

Im Jahr 2004 standen in Österreich 5,06 Millionen Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren. Bis 2014 wird sich das Erwerbspotenzial durch Zuwanderung noch leicht auf 5,26 Millionen Personen erhöhen (+4%). Spätestens ab 2020 werden jedoch deutlich mehr Personen ins Pensionsalter übertreten, als Jugendliche bzw. Zuwanderer hinzukommen. 2020 wird jeder vierte Österreicher über 60 Jahre alt sein (derzeit jeder fünfte), langfristig wird es jeder dritte sein. Besonders stark wird sich die Zahl der über 75-jährigen in der Bevölkerung erhöhen. Umfasste diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2004 noch 621.000 Personen, wird sie 2030 bereits 969.000 betragen (+56%); bis 2050 wird ihre Zahl auf 1,44 Millionen ansteigen (+132%) – woraus sich große Herausforderungen für das Gesundheitssystem und die Altenbetreuung ergeben werden.

³⁵ Statistik Austria, Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Wien 2005–2035, Werkstattberichte, 2007. <http://www.magwien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/pdf/newsletter-07-06.pdf>.

³⁶ Laut dieser Prognose wird der Ausländeranteil im Stadterweiterungsgebiet Aspern 60% betragen. Hier bemüht sich der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) explizit um die Ansiedlung von Menschen aus der Centropo-Region (Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn); für die Region um den neuen Zentralbahnhof (heute Südbahnhof) wird sogar ein Migrantenanteil von 61% erwartet. Zum Vergleich: Den größten Ausländeranteil hat derzeit Rudolfsheim-Fünfhaus mit 30,7%.

Auch die Alterszusammensetzung der Wiener Bevölkerung wird sich in den nächsten zwanzig Jahren deutlich verändern. Die Bevölkerung im Erwerbsalter (zwischen 15 und 60) wird von 2001 bis 2021 zwar nur leicht – um rund 24.000 Personen – abnehmen, allerdings wird die junge Erwerbsbevölkerung (15 bis 44 Jahre) um rund 70.000 Personen schrumpfen und die ältere Erwerbsbevölkerung (von 45 bis 59) um rund 57.000 Personen zunehmen. Das Verhältnis der im Erwerbsalter stehenden Bevölkerung zur nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung wird sich deutlich verschlechtern, auf 100 Personen im Erwerbsalter werden 44 Personen im Pensionsalter kommen. Rund die Hälfte der Wiener Bevölkerung wird 2021 über 45 Jahre und nur weniger als ein Drittel unter 30 Jahre alt sein.

Die Zahl der über 60-jährigen wird bis 2011 um ca. 40.000 und im darauf folgenden Jahrzehnt um weitere 50.000 Personen ansteigen. Im Jahr 2021 wird Wien mit rund 445.000 über 60-jährigen (26,5% der Bevölkerung) annähernd so viele ältere EinwohnerInnen haben wie Anfang der 1970er Jahre, als die Stadt einen ersten Höhepunkt des demographischen Alterungsprozesses erreicht hatte.

3.4. Große regionale Unterschiede im Alterungsprozess

Die Anteile der über 60-jährigen werden auch künftig im Osten und Süden Österreichs höher sein, als im Westen des Bundesgebietes. Eine deutliche Ausnahme in der Ostregion bildet allerdings die Bundeshauptstadt Wien, wo der Anteil der älteren Menschen von derzeit 22,2% nur auf 25,1% (2030) und bis 2050 bloß auf 27,4% steigen dürfte. Das wäre zu diesem Zeitpunkt der niedrigste Anteil über 60-jähriger aller Bundesländer!

Dafür wird in Wien auch die Kinderzahl deutlich ansteigen, von 237.000 (2004) auf 268.000 im Jahr 2015 (+ 13%) und 300.000 im Jahr 2030 (+ 27%). Beträgt der Kinderanteil derzeit noch zwischen 14,6% (Burgenland) und 18,7% (Vorarlberg), so wird er im Jahr 2030 zwischen 12,5% (Burgenland) und 15,5% (Wien) betragen, wobei neben Wien nur mehr Niederösterreich und Vorarlberg über dem prognostizierten Bundesschnitt von 14,3% liegen werden. Wien wird demzufolge dank der Zuwanderung eine relativ junge Stadt und – gemeinsam mit Vorarlberg – zu den demographisch „jüngsten“ Bundesländern zählen.

3.5. Langfristige demographische Entwicklungen

Die EU-Erweiterung wird die Migrationsströme nach Wien in den nächsten Jahren deutlich beeinflussen, allerdings werden längerfristig sowohl die osteuropäischen Beitrittsländer wie auch die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien einen ähnlichen demographischen Alterungsprozess durchmachen wie Österreich. Bevölkerungswachstum wird es dann v.a. noch im mediterranen Raum geben, der ab etwa 2020 zum wichtigsten Arbeitskräftereservoir der Europäischen Union avancieren wird: Während die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und den osteuropäischen Beitrittsländern zwischen 2000 und 2020 um rund 2,6 Millionen zurückgehen wird, soll sie im selben Zeitraum in der Türkei um rund 18 Millionen Personen steigen. Österreich, und v.a. Wien, die ein etabliertes Einwanderungsregime mit der Türkei besitzen, werden von dieser Entwicklung voraussichtlich profitieren können.

Diese demographischen Veränderungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Wiener Bezirke. Während das Bevölkerungswachstum derzeit v.a. in den Stadtrandgebieten stattfindet und die zentrumsnahen Bezirke sowie die gründerzeitlichen Problemgebiete

te entlang des Gürtels stagnieren, wird sich dieser Trend im nächsten Jahrzehnt umkehren und die Bevölkerung in den zentrumsnahen Gebieten und den gründerzeitlichen Vierteln entlang des Gürtels wieder wachsen. In den heute noch „jungen“ Stadtteilen der Stadterweiterung der neunziger Jahre wird der Altenanteil dagegen deutlich steigen, aber auch die heute jüngeren, da von MigrantInnen bewohnten Gürtelbezirke werden mit einem Anteil von bis zu 28% bei den über 60-jährigen zu den demographisch ältesten Stadtregionen zählen³⁷.

³⁷ Migration & Integration, Teil 4 – Kontext Wien, Europaforum Wien, Jänner 2002.

4. Quellen

4.1. Literatur

Asyl- und Fremdenstatistik 2005, Bundesministerium für Inneres.

Asylgesetz 1997.

Bauböck Rainer, Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern. In: Volf Patrick und Bauböck Rainer, Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann, 2001.

Biffi Gudrun, SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 1994/95, 1995.

Faßmann Heinz und Münz Rainer, Einwanderungsland Österreich? Historische Muster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen, 1995.

Faßmann Heinz und Stacher Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozio-ökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, 2003.

Glettler Monika, Böhmische Wien, 1985.

Gürses Hakan, Kogoj Cornelia, Mattl Sylvia, Gastarbjeteri. 40 Jahre Arbeitsmigration, 2004.

John Michael und Lichtblau Albert, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt, 1992.

Migration & Integration, Europaforum Wien, 2002.

Münz Rainer, Zuser Peter und Kytir Josef, Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Fassmann Heinz und Stacher Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozio-ökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, 2003.

Pammer Michael, Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beiheft 161, 2002.

Schmeltzl Wolfgang, Der Wiener Hans Sachs. Eine Auslese seiner Werke, hrsg. von E. Triebnigg, 1914.

Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch 2003.

Šunjic Melita und Volf Patrik-Paul, Echte Österreicher. Gespräche mit Menschen, die als Flüchtlinge ins Land gekommen sind, 1995.

Volf Patrik-Paul, Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: Zeitgeschichte, Heft 11-12/1995: 415-435.

Volf Patrick und Bauböck Rainer, Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann, 2001.

Waldrauch Harald und Cinar Dilek, Staatsbürgerschaftspolitik und Einbürgerungspraxis in Österreich. In: Faßmann Heinz und Stacher Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen, 2003.

4.2. Internet

Bundesministerium für Inneres <http://www.bmi.gv.at/>

Aktualisierung der regionalisierten ÖROK - Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und Haushaltsprognose 2001 bis 2031, Statistik Austria

http://oerok.gv.at/Raum_Region/Prognosen_2005_2031/OEROK_Bev_Erw_Progn_Aktualisierung2006.pdf

Neue Bevölkerungsprognosen für Österreich und die Bundesländer

http://www.thon.at/geographie/gw_7_0607/%F6sterreich_bev%F6lkerung/bevolkerungsprognose.pdf

Statistik Austria <http://www.statistik.at/>